

Regierung pokert um Zukunft des deutschen Solarmarktes

Unter dem Vorwand, die Verbraucher entlasten zu wollen, will die schwarz-gelbe Regierungskoalition die Vergütungen für Strom aus Solaranlagen drastisch senken. Damit setzt sie die Zukunft der deutschen Solarbranche aufs Spiel. Die Regierung ist dafür verantwortlich, Herstellern, Investoren und Handwerkern verlässliche Rahmenbedingungen zu bieten. Hier hat Schwarz-Gelb völlig versagt. Die Regierung hat durch ihren Zickzack-Kurs, den sie in der Diskussion fährt, den Markt stark verunsichert.



Die Regierung stützt sich bei ihren Plänen, die Kürzungen um bis zu 16 Prozent und einen Ausschluss von Ackerflächen aus der Förderung vorzusehen, auf wackelige Ausbauprognosen. Um aber der Branche den Boden nicht unter den Füßen wegzuziehen, sondern den Ausbau der Photovoltaik optimal voranzutreiben, muss eine langfristige Markt- und Kostenentwicklung in Betracht gezogen werden. Die massiven Preissenkungen für Anlagen im vergangenen Jahr geben zwar Spielraum für eine zusätzliche Vergütungsabsenkung, sie zeigen aber ein verzerrtes Bild von der tatsächlichen Lage. Die Finanzkrise, der Zusammenbruch des spanischen Solarmarktes und dadurch entstandene Überkapazitäten sowie der Preisdruck aus China verbilligten zwar die Anlagen, die Kosten konnten aber nicht im gleichen Tempo gesenkt werden. Deshalb ist davon auszugehen, dass der massive Abwärtstrend in der Preisspirale nicht lange anhält.

Solarenergie unvermindert ausbauen

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert eine maßvolle Kürzung der Solarförderung, die eine dynamische Entwicklung der Branche und den Erhalt der Arbeitsplätze garantiert. Für bereits in Planung befindliche Projekte benötigen wir einen umfas-

senden Bestandsschutz, um deren Realisierung nicht zu gefährden. Die Kappung der Förderung von Ackerflächen ist ein Irrweg. Freiflächenanlagen sind die „Billigmacher“ der Solarenergie und ihr Markt würde durch einen Ausschluss von Ackerflächen aus der Förderung erheblichen Schaden nehmen. Die Planungshoheit der Kommunen darf in diesem Punkt nicht angetastet werden. Wird die jährliche Vergütungsabsenkung zukünftig variabler gestaltet und bei großem Ausbau deutlich erhöht, ist es sinnvoll, den Degressionschritt jeweils zum 1. Juli vorzunehmen. Als Berechnungsgrundlage sollte weiterhin das jeweilige Kalenderjahr dienen. So kann sich die Branche rechtzeitig auf die Einschnitte einstellen.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird nach der Anhörung im Umweltausschuss am 21. April einen Antrag zur Zukunft der Solarförderung einbringen.

Die Solarenergie leistet einen wichtigen Beitrag zu einer ökologischen Energiewende und einer nachhaltigen Energieversorgung und ist Teil einer langfristig angelegten Klimaschutzpolitik. Bisher wurde der Ausbau konsequent vorangetrieben. Zentrales Förderinstrument ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das eine Einspeise- und Vergütungsgarantie von Strom aus erneuerbaren Energien gesetzlich verankert.

Es setzte einen beispiellosen Boom der Photovoltaik in Gang. Die Branchenzahlen beeindrucken: Für das Jahr 2009 beläuft sich die installierte Leistung neuer Solarstromanlagen nach bisherigen Schätzungen auf rund 3.000 Megawatt. Der Zubau hat sich somit im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt. Der Gesamtbestand kletterte damit von lediglich 100 Megawatt im Jahr 2000 auf rund 9.000 Megawatt.

Dieser rasante Ausbau führte dazu, dass inzwischen fast die Hälfte des weltweiten jährlichen Zubaus in Deutschland stattfindet. Die Solarstrombranche hat sich in demselben Tempo zu einem großen Arbeitsmarkt entwickelt. Heute zählt dieser bereits mehr als 50.000 Beschäftigte und im Jahr 2020 könnten es laut Branchenangaben noch einmal doppelt so viele sein.

Rolle rückwärts in Sachen Energie

Statt weiter auf den Umbau der Energieversorgung hin zu 100 Prozent Erneuerbaren Energien zu setzen, wie es die Bevölkerung mehrheitlich wünscht, will die Regierung auf Teufel komm raus die alten Oligopolstrukturen bei der Energieversorgung erhalten. Während Bundesumweltminister Röttgen in den vergangenen Wochen versucht hatte, mit eventuellen Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke von höchstens acht Jahren die Öffentlichkeit einzulullen, lässt der Fraktionsvorstand der Union nun die Katze aus dem Sack: Er möchte Laufzeiten von insgesamt 60 Jahren durchsetzen. Damit würden sich die Laufzeiten der schon jetzt veralteten Reaktoren gegenüber den Vereinbarungen im Atomkonsens fast verdoppeln. Hier noch von einer „Brückentechnologie“ zu sprechen ist eine Farce. Dies ist ganz eindeutig Wählerbetrug.

Das Vertrauen, dass Deutschland innovativ und leistungsfähig genug ist, den Umbau seiner Energieversorgung hin zu Erneuerbaren Energien zu bewältigen, fehlt der Union vollends. Die Ankündigungen im Koalitionsvertrag zum Ausbau der Erneuerbaren Energien waren nur Beruhigungspillen für die Bevölkerung.

Die Atomkraftwerksbetreiber, die mit jedem Tag längerer Laufzeit mindestens eine Million Euro verdienen, wissen dieses Engagement der Regierung und ihrer Koalitionsfraktionen sicherlich sehr zu schätzen. Die Mehrheit der Bürger, die vor allem an Sicherheit und Arbeitsplätzen interessiert sind, scheinen bei der Union dagegen keine Lobby zu haben.

Es stellt sich die Frage, ob sich die Abgeordneten der Union über die Tragweite ihrer Entscheidung wirklich bewusst sind. Die Atomreaktoren sind nur für eine Laufzeit von 25 Jahren konzipiert worden. Alle Anlagenteile eines AKW altern, auch die, die sich nicht durch Nachrüstungen erneuern lassen. Hinzu kommt, dass es nirgends auf der Welt Erfahrungen mit Laufzeiten von 60 Jahren gibt. Das weltweite Durchschnittsalter der abgeschalteten Atomkraftwerke liegt bei 28 Jahren und damit sogar noch unter den im Atomkonsens ausgehandelten 32 Jahren.

Was veranlasst die Union also dazu, dieses immense Sicherheitsrisiko für Mensch und Natur einzugehen, wenn es Alternativen gibt, die der über ein halbes Jahrhundert alten Atomtechnologie in allen Belangen überlegen sind?

Schluss mit Verbraucher-Abzocke am Geldautomaten!



Wer hat das noch nicht erlebt: Kein Bargeld in der Tasche und kein Geldautomat der eigenen Bank in der Nähe. Wer dann mit seiner Bankkarte am Automaten eines fremden Instituts Geld abhebt, wird sich hinterher ärgern: Denn bis zu 10 Euro kann das „Fremdabheben“ kosten.

Da es am Geldautomaten keinen Hinweis auf die Höhe der Gebühren gibt, tappen Verbraucher im Dunkeln. Das ist nicht nur intransparent, das ist vor allem Abzocke, denn die durchschnittlichen Transaktionskosten für Abhebungen fremder Bankkunden betragen zwischen 60 und 70 Cent. Das Bundeskartellamt hat inzwischen wegen Verdachts auf überbeuerte Gebühren Ermittlungen gegen mehr als 280 Kreditinstitute eingeleitet.

Und was tut die Bundesregierung? Nichts, denn auch hier herrscht Uneinigkeit zwischen Schwarz und Gelb. Ein vom Vorsitzenden des Verbraucherausschusses Goldmann, FDP, einberufenes Fachgespräch zu den Abhebegebühren wurde von CDU/CSU und den Vertretern des Aigner-Ministeriums boykottiert.

Wir fordern eine Deckelung auf 2 Euro, notfalls per Gesetz. Denn mit den enormen Gebühren von bis zu zehn Euro wird der Kampf der Sparkassen und Volksbanken gegen die unliebsame Konkurrenz der Direktbanken auf dem Rücken der Verbraucher ausgetragen. Und ausgerechnet Menschen mit wenig Geld sind davon besonders betroffen, denn sie heben in der Regel öfter und kleinere Beträge ab und zahlen dadurch mehr Gebühren.

Unsere öffentliche Kritik trägt bereits Früchte: Die Banken senden erste Signale der Bereitschaft, die Gebühren zu senken. Damit zeigen sie mehr Tatkraft als die Bundesregierung.